

Bundesnetzagentur  
Beschlusskammer 7

[kapazitaeten.gas@bnetza.de](mailto:kapazitaeten.gas@bnetza.de)

Ihr Schreiben vom  
23.09.2021

Ihr Zeichen  
BK7-21-075

Unser Zeichen



Datum  
22.10.2021

**Stellungnahme zum Positionspapier zu den Grundsätzen für Kapazitätsverlagerungen innerhalb des Marktgebietes Trading Hub Europe**

Sehr geehrte Frau Haller, sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 23.09.2021 und die Übermittlung des Positionspapiers zu den Grundsätzen für Kapazitätsverlagerungen innerhalb des Marktgebietes Trading Hub Europe. Wir bedanken uns für die Gelegenheit, eine Stellungnahme in diesem Verfahren (Aktenzeichen BK7-21-075) abgeben zu dürfen. Im Rahmen dieser Stellungnahme möchten wir einige aus unserer Sicht grundlegende Aspekte in Zusammenhang mit einer Verlagerung von Kapazitäten innerhalb des Marktgebietes Trading Hub Europe (THE) erläutern. Diese sind als Ergänzung zu den Inhalten der gemeinsamen Stellungnahme zu verstehen, die der FNB Gas im Namen aller Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) übermittelt hat.

Das vorliegende Positionspapier gibt die Rechtsauffassung der Beschlusskammer in Bezug auf Kapazitätsverlagerungen wieder und soll als Orientierungshilfe für den Prozess der Kapazitätsverlagerung bei FNB und Marktakteuren dienen, mit dem Ziel rechtliche Unsicherheiten zu vermeiden und die Transparenz des Prozesses zu erhöhen. Wir begrüßen das Vorgehen der Beschlusskammer, Leitlinien zu schaffen und für eine möglichst große, branchenweite Vereinheitlichung der Prozessabläufe und Kriterien zu sorgen.

Ergänzend zu der gemeinsamen Stellungnahme des FNB Gas möchten wir uns wie folgt äußern:

Fluxys TENP GmbH  
Telefon +49 211 42 09 09 0  
Fax +49 211 42 09 09 11  
HRB Düsseldorf 60917

Fluxys Deutschland GmbH  
Telefon +49 211 23 09 45 01  
Fax +49 211 23 09 45 09  
HRB Düsseldorf 68736

Elisabethstr. 11  
D - 40217 Düsseldorf  
[www.fluxys.com](http://www.fluxys.com)

Im liberalisierten europäischen Gasmarkt können die aus Versorgungssicherheitserwägungen notwendigen Kapazitäten regelmäßig nicht mehr aus der Existenz von langfristigen Verträgen abgeleitet werden. Eine entsprechende Abwägung der eventuell widerstrebenden Versorgungssicherheitsinteressen sollte daher in den Überlegungen der Beschlusskammer enthalten sein. Die pauschale Forderung nach der Verlagerung nicht vermarkteter Kapazitäten berücksichtigt insofern nicht die Versorgungssicherheitsinteressen der an Deutschland angrenzenden Nachbarländer sowie weiterer europäischer Mitgliedsstaaten. Dies gilt insbesondere angesichts des Umstandes, dass aufgrund der zunehmend liquideren und kurzfristig reagierenden Gasmärkte in Deutschland und Europa ein steigendes Interesse an Kurzfristbuchungen zu beobachten ist. Eine (dauerhafte) Verlagerung von Kapazitäten könnte daher negative Auswirkungen – sowohl innerhalb des THE-Marktgebietes als auch auf unmittelbar oder mittelbar angrenzende europäische Marktgebiete – haben. Darüber hinaus entsteht regelmäßig wetter- oder engpassbedingt eine große Nachfrage nach kurzfristig buchbaren Kapazitäten. Das Angebot solcher kurzfristigen Kapazitätsprodukte trägt zur Versorgungssicherheit, Funktionsfähigkeit und Liquidität der Gasmärkte bei.

Die Beschlusskammer erkennt in dem vorliegenden Positionspapier die Kooperationspflicht der Netzbetreiber als eine Grundvoraussetzung dafür, den Netznutzern die größtmögliche Kapazität zur Verfügung stellen zu können. Der europäische und der nationale Rechtsrahmen verpflichten die FNB zur Maximierung der technischen Kapazität (Art. 16 Abs. 1 Verordnung EG Nr. 715/2009<sup>1</sup>, Art. 6 Abs. 1 Verordnung (EU) 2017/459<sup>2</sup>, § 20 Abs. 1b S. 8 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), § 9 Abs. 2 S. 3 Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV)). Diese Vorgaben erfordern eine umfangreiche Kooperation der FNB sowohl innerhalb des deutschen THE-Marktgebietes als auch grenzüberschreitend. Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht zwingend geboten, bei der Entscheidung

<sup>1</sup> Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005.

<sup>2</sup> Verordnung (EU) 2017/459 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über Mechanismen für die Kapazitätszuweisung in Fernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 984/2013.

über die Notwendigkeit und die Zulässigkeit einer Kapazitätsverlagerung neben den nationalen auch die europäischen Versorgungsinteressen entsprechend zu würdigen. Ein Verlagern der Kapazitäten ausschließlich unter Berücksichtigung nationaler Interessen würde den im Positionspapier der Beschlusskammer aufgestellten Grundsätzen entgegenstehen.

Im Zuge der Interessenabwägung ist zudem das n-1-Kriterium zu berücksichtigen. Der Grundsatz der n-1-Sicherheit besagt, dass in einem Netz bei prognostizierter maximaler Auslastung auch bei Ausfall der größten einzelnen Infrastruktur die Netzsicherheit der verbleibenden Netzinfrastruktur durch geeignete Maßnahmen abgesichert werden muss. Bei der Prüfung einer möglichen Kapazitätsverlagerung ist daher zu berücksichtigen, ob im Notfall die Versorgungssicherheit sowohl Deutschlands als auch der nachgelagerten ausländischen Marktgebiete im Spitzenlastfall jederzeit gewährleistet ist. Die Vorgabe, europäische Versorgungsinteressen im Rahmen der n-1-Sicherheit zu beachten, geht aus der Verordnung (EU) 2017/1938<sup>3</sup> hervor, welche die gesetzlichen Grundlagen für eine sichere Versorgung mit Erdgas bildet. Im Rahmen der Prüfung, ob aufgrund eines erhöhten Bedarfs an einem Netzknoten eine Kapazitätsreduktion an einem anderen Netzknoten geboten ist, muss zudem berücksichtigt werden, ob möglicherweise Mittel mit einer geringeren Eingriffsintensität in die bestehenden Rechte der FNB zur Verfügung stehen. Eine netz-/eigentümerübergreifende Verlagerung der Kapazitäten eines FNB an einen anderen Punkt des THE-Marktgebietes zu einem anderen FNB sollte ausschließlich als letzte Option in Betracht gezogen werden. Mögliche Optionen der Befriedigung potenzieller Bedarfe könnten z.B. die Verlagerung von Kapazitäten an einen anderen Punkt des Marktgebietes innerhalb des eigenen Netzes des FNB oder eine Maßnahme gemäß § 9 Abs. 3 GasNZV, z.B. die Kontrahierung von Lastflusszusagen sein.

Bevor ein FNB um die Verlagerung zum jeweiligen Zeitpunkt nicht gebuchter Kapazitäten ersucht, sollte überprüft werden, ob diese zusätzliche Kapazität

---

<sup>3</sup> Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010.

dauerhaft oder temporär am anderen Netzknoten im Marktgebiet benötigt wird. Bei lediglich temporärem Mehrbedarf an einem Netzknoten wäre das Mittel der Kapazitätsverlagerung nicht sachgerecht (selbst wenn es sich nur um eine vorübergehende Verlagerung handelt). Vielmehr sollten in diesem Fall, sofern technisch möglich, andere kurzfristige Maßnahmen zur Erhöhung der technischen Kapazität an dem fraglichen Netzknoten des Marktgebietes THE in Betracht gezogen werden.

Darüber hinaus ist es von wesentlicher Bedeutung, dass der FNB, der einen zusätzlichen Bedarf meldet und um eine Kapazitätsverlagerung ersucht, den potenziellen Bedarf substantiiert darlegen kann. Die Beschlusskammer müsste in diesem Fall prüfen, ob der FNB unwiderlegbar beweisen kann, dass eine Kapazitätsverlagerung unter Berücksichtigung der Interessen aller betroffenen Parteien die volkswirtschaftlich effizienteste Option zur Befriedigung aktuell bestehender Bedarfe bestimmter Kundengruppen ist. Sofern der FNB diesen Nachweis nicht erbringen kann, ist dem Ersuchen nach einer Verlagerung nicht stattzugeben. Der ersuchende FNB sollte ebenfalls einen Nachweis darüber erbringen müssen, für welche Kundengruppen die zusätzliche Kapazität an einem Netzknoten benötigt werden. Temporäre Kapazitätsverlagerungen sollten insbesondere dann kritisch betrachtet werden, wenn Kunden, bspw. Industrieunternehmen, die Möglichkeit hätten, ihre temporär höheren Energiebedarfe über eine (zeitweise) Substitution des Energieträgers zu decken.

Die FNB sind gemäß §§ 11 Abs. 1, 15a Abs. 1 EnWG zu einer bedarfsgerechten Optimierung, Verstärkung und zum bedarfsgerechten Ausbau der Netzinfrastruktur verpflichtet. In der Netzentwicklungsplanung müssen alle wirksamen Maßnahmen abgebildet werden, die in den nächsten zehn Jahren netztechnisch für einen sicheren und zuverlässigen Betrieb erforderlich sind (§ 15a Abs. 1 S. 2 EnWG). Dabei haben die FNB angemessene Annahmen über die künftige Entwicklung der Gewinnung, Versorgung und des Verbrauchs von Gas zu berücksichtigen (§ 15a Abs. 1 S. 4 EnWG). Sollte die Beschlusskammer im Rahmen der Prüfung einer potenziellen Kapazitätsverlagerung feststellen, dass es sich bei dem Bedarf nicht um einen bestehenden, sondern einen zukünftigen Bedarf handelt, muss dieser Bedarf im Rahmen der Netzentwicklungsplanung

Berücksichtigung finden und nicht kurzfristig über Kapazitätsverlagerungen aufgefangen werden. Eine (dauerhafte) Verlagerung von Kapazitäten innerhalb des Marktgebietes ist insbesondere dann nicht erforderlich, sofern die zusätzlichen Bedarfe bereits ermittelt und im Netzentwicklungsplan durch die Bundesnetzagentur bestätigt worden sind. Sollten regelmäßig kurzfristige Bedarfe entstehen, die aufgrund zeitlicher Restriktionen nicht in den Netzentwicklungsplan eingebracht werden können, ist es aus unserer Sicht ebenso erforderlich für zukünftige Netzentwicklungspläne ein geeignetes Mittel zu finden, um diesen wiederkehrenden kurzfristigen Bedarfen gerecht zu werden.

Wir möchten zudem darauf hinweisen, dass in Einzelfällen nur kurzfristig festgestellt werden kann, ob ein Bedarf eines Transportkunden für verfügbare Kapazitäten besteht. Der richtige Zeitpunkt für diese Ermittlung kann aus unserer Sicht frühestens nach der Monatsauktion für den nächsten Monat bestehen. Hierbei ist zu beachten, dass es aus unserer Sicht erforderlich ist, dass die Beschlusskammer klare (zeitliche) Kriterien für einen nicht-Bedarf definiert, wobei wir auch auf den aktuell laufenden FUNC-Prozess „Greater flexibility to book firm capacity at IPs“ (ID: 01/2020)<sup>4</sup> hinweisen möchten, der bei der Definition des Zeitpunkts ebenfalls Berücksichtigung finden muss.

Schlussendlich möchten wir noch darauf hinweisen, dass aus unserer Sicht die von der Beschlusskammer grundsätzlich unterstellte wirtschaftliche Zumutbarkeit nicht gegeben ist. Zunächst sind die von der Beschlusskammer zur Begründung herangezogenen Festlegungen zur Einführung einer marktgebietsweiten Referenzpreismethode und eines Ausgleichsmechanismus zwischen den FNB noch Gegenstand gerichtlicher Überprüfung. Des Weiteren darf an der grundsätzlichen wirtschaftlichen Zumutbarkeit gezweifelt werden, so lange eine Kapazitätsverlagerung – insbesondere wenn sie netzbetreiberübergreifend erfolgt – hinsichtlich ihrer Laufzeit nicht an den Fortbestand eines marktgebietsweit anwendbaren Einheitstarifes und eines Ausgleichsmechanismus gekoppelt ist. Die Referenzpreismethode ist jedoch Gegenstand regelmäßiger Konsultationen (mindestens alle fünf Jahre). Damit sind Kapazitätsverlagerungen

<sup>4</sup> <https://www.gasncfunc.eu/gas-func/issues/01/2020/view>

grundsätzlich unter den Vorbehalt einer Änderung der Referenzpreismethode und des Ausgleichsmechanismus zu stellen. Aber auch darüber hinaus ist die wirtschaftliche Zumutbarkeit keineswegs gegeben, so lange nicht ausgeschlossen ist, dass die Verlagerung für den abgebenden Netzbetreiber zu schädlichen Veränderungen im Rahmen des Effizienzvergleichs führt. Hier sollte die Bundesnetzagentur einen wirksamen Mechanismus schaffen, der möglichen Verzerrungen im Effizienzvergleich aufgrund der Kapazitätsverlagerung angemessen und verlässlich berücksichtigt.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

